



## Niederschrift

2. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss  
8. Oktober 2024, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

## Sitzungseröffnung und Punkt 1 der Tagesordnung: Sicherheit in Karlsruhe

- 1.1: Vortrag des Polizeipräsidiums Karlsruhe zum Thema „Kriminalitätsentwicklung in Karlsruhe“
- 1.2: Handlungsschwerpunkte im Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung  
Vorlage: 2024/1056

## Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Bericht des Ordnungs- und Bürgeramtes für das Jahr 2023 zur Kenntnis. Auf die Handlungsschwerpunkte im Bereich der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird in den Erläuterungen und in einem mündlichen Vortrag näher eingegangen.

## Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigten Stadträtinnen und Stadträte mit.

Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf und begrüßt hierzu Frau Polizeipräsidentin Denner und Herrn Krull.

**Frau Polizeipräsidentin Denner** berichtet (powerpointunterstützt) über die Kriminalitätsentwicklung in Karlsruhe aus Sicht des Polizeipräsidiums.

**Stadtrat Cramer (KAL)** stellt fest, das letzte Symbolbild der Powerpoint-Präsentation zeige zum Thema „Lachgas“ den Werderplatz. Der Werderplatz sei in der Aufzählung jedoch nicht benannt worden. Daher halte er das Bild nicht für angebracht.

**Stadträtin Wolf (GRÜNE)** spricht die Rohheitsdelikte an, die deutlich angestiegen seien. Wo sehe man hier die Schwerpunkte?

**Frau Polizeipräsidentin Denner** antwortet, der Werderplatz sei ein Symbolbild gewesen. Man habe dieses Bild gewählt, weil auf diesem die Kolleginnen und Kollegen in der typischen

Kontrollhaltung abgebildet seien. Es sei richtig, dass Lachgas derzeit auf dem Werderplatz keine Rolle spiele.

Bei den Rohheitsdelikten habe man einen Anstieg in der gesamten Stadt, was Raub angehe, was gefährliche Körperverletzung angehe. Die genauen Fallzahlen könne sie augenblicklich nicht benennen.

**Stadtrat Müller (CDU)** merkt an, die Fallzahlen bei der häuslichen Gewalt seien deutlich gestiegen. Sei dies tatsächlich auf mehr Fallzahlen zurückzuführen oder auf das Anzeigeverhalten der Opfer?

Es wäre interessant, Rückschlüsse darauf führen zu können, wie sich Messerangriffe im Innenstadtbereich vor 2023 entwickelt hätten. Wie falle die Einschätzung der Polizeipräsidentin aus auf ein Messertrage- und -mitführverbot?

Mit dem Alkoholkonsumverbot auf dem Werderplatz habe man eine räumliche Ausdehnung vollzogen. Wie schätze man die Entwicklung mit dem Alkoholkonsumverbot ein? Wie schätze man insgesamt die Lage auf dem Werderplatz aus polizeilicher Sicht ein?

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** möchte wissen, ob man die Fallzahlen, die sich auf 2/3 des Jahres beziehen, generell mit dem Faktor 1,5 multiplizieren könne, um dann auf die Gesamtjahreszahlen zu kommen, oder gebe es bestimmte Straftaten, die dann in den letzten 4 Monaten des Jahres nochmals anstiegen?

Aussage sei gewesen, dass man im Bereich der Kleinen Kirche die Situation zunächst beobachtet habe. Dann habe man erst zugegriffen. Am Ende seien nur acht Drogendealer in Untersuchungshaft genommen worden. Dies wundere ihn etwas. Wie viele Tatverdächtige habe es insgesamt gegeben? Warum sei nur eine so kleine Zahl in Untersuchungshaft gekommen?

Zum Thema Lachgas sei der Kolpingplatz genannt worden. Dort gebe es ein Kiosk, welcher Lachgas auch an Jugendliche verkaufe. Hingen die drei genannten Bereich damit zusammen, dass man dort Lachgas erwerben könne? Welche Möglichkeiten gebe es zu verhindern, dass Lachgas an Jugendliche verkauft werde?

**Frau Polizeipräsidentin Denner** entgegnet zum Stichwort häusliche Gewalt, man könne nur vermuten, dass sowohl das gestiegene Anzeigeverhalten als auch vielleicht ein gewisser Fallzahlenanstieg ursächlich sei. Die Öffentlichkeitswirksamkeit von anderen Fällen ermutige Opfer, Anzeige zu erstatten. Man stelle eine steigende Zahl von angezeigten Fällen fest, könne aber nicht sagen, ob diese auch in der Vergangenheit schon so hoch gewesen oder ob diese neu dazugekommen seien.

Bei den Vergleichszahlen der Messerangriffe zu den Vorjahren müsse man in eine Feinauswertung gehen, die man derzeit nicht habe. Das Tatmittel Messer habe man erst seit den letzten zwei, drei Jahren erfasst.

Zum Alkoholverbot Werderplatz merkt sie an, der Werderplatz bleibe ein Sorgenkind für die Stadt, aber auch für die Polizei. Das Alkoholkonsumverbot sei einer von mehreren

Mosaiksteinen, um die Lage an diesem Platz einigermaßen zu beruhigen. Auf Dauer werde man aber die Gruppen dort nicht vertreiben können.

Einer Hochrechnung der Fallzahlen von Straftaten aufs Jahresende wolle sie so nicht zustimmen. Es gebe beispielsweise Straftaten, die in der dunklen Jahreszeit zunehmen. Man müsse abwarten, wie die polizeiliche Kriminalstatistik am Jahresende aussehe.

Ob der Konsum von Lachgas dort größer sei, wo dies in Kiosken oder Geschäften verkauft werde, sei nur eine Vermutung. Auf den verstärkten Konsum von Lachgas an einer bestimmten Örtlichkeit werde man durch Anwohner/Bürger oder bestimmte Vorfälle aufmerksam gemacht.

Zu den Haftbefehlen bei der Kleinen Kirche: Man habe mehrere Personen dort im Fokus und unter Verdacht. Für einen Haftbefehl benötige man aber bestimmte Voraussetzungen. Bei den acht Personen sei dies gegeben gewesen, bei den anderen nicht. Trotzdem werde man die Szene weiter im Blick behalten. Wichtig sei auch, dass die Händler im Fokus seien und nicht die kleinen Konsumenten.

**Der Vorsitzende** geht davon aus, dass die Vorfälle, die die Bundespolizei im Hauptbahnhof aufnehme, auch Teil der Statistik seien. Es wäre interessant zu wissen, wie viele der dargestellten Anstiege gegebenenfalls auch mit dem Hauptbahnhof zu tun hätten. Gerne könne man im Nachhinein nachreichen, wie die Entwicklung am Hauptbahnhof auch zu einer Gesamtentwicklung in der Stadt geführt habe, die möglicherweise deutlich mache, dass es im Rest der Stadt nicht zu den Anstiegen gekommen sei, wie es von der Statistik her ablesbar sei.

**Frau Polizeipräsidentin Denner** entgegnet, die Fälle, die die Bundespolizei im Hauptbahnhof aufnehmen, flöben nicht in die Statistik ein. Allenfalls das, was auf dem Hauptbahnhofvorplatz stattfinde, fließe in die Statistik ein.

**Der Vorsitzende** hält diese Zahlen für wichtig. Vielleicht könne man beim nächsten Bericht die Bundespolizei einladen oder deren Zahlen mitaufnehmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt er sich bei Frau Polizeipräsidentin Denner und Herrn Krull und erteilt Herrn Lipp vom Ordnungsamt das Wort.

**Herr Lipp (Ordnungs- und Bürgeramt)** berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation über die Handlungsschwerpunkte im Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung.

**Stadträtin Wolf (GRÜNE)** kann bestätigen, dass sich beim Bürgerservice in den letzten Jahren vieles verbessert habe. Der Fokus auf die personelle Situation sei sehr interessant, gerade auch auf Sicherheit der Mitarbeitenden. Der Personalmangel sei bei der gesamten Stadtverwaltung ein großes Problem. Im Vergleich stehe das Ordnungs- und Bürgeramt recht gut da.

Der Anstieg bei der häuslichen Gewalt sei erst in letzter Instanz ein Thema für den KOD oder die Polizei. Es sei ein gesamtgesellschaftliches Problem. Im letzten Haushalt habe man die Koordinierungsstelle für die Umsetzung der Istanbul-Konvention verstetigt.

**Stadtrat Müller (CDU)** zeigt sich erfreut, dass drei Stellen beim KOD neu besetzt werden konnten.

Im Bericht stehe, dass man im Herbst über den Stand der Prüfungen im Hinblick auf die Ausweitung eines Sperrbezirks in der Ottostraße berichte. Sei heute dieser Herbst?

**Stadträtin Melchien (SPD)** kann sich ihren Vorredner\*innen anschließen. Bezüglich der Straßenprostitution freue sich ihre Fraktion, dass Gespräche mit dem Regierungspräsidium weitergeführt würden, mit dem Ziel, die Situation dort zu verbessern.

Zur Nottinghamanlage möchte sie wissen, wie oft dort der KOD im Einsatz sei. Wie schätze man die Entwicklung in diesem Bereich ein? Gebe es zunehmende Probleme oder ein gestiegenes Beschwerdeverfahren? Halte man eine Anpassung der Einsatzzeiten des KOD für geboten aufgrund der gesammelten Erfahrungen?

**Herr Lipp (Ordnungs- und Bürgeramt)** antwortet, bei der Straßenprostitution habe man sich sehr umfänglich im Sommer die Lage vor Ort angeschaut. Über ca. acht Wochen habe man dezidiert mit TSK, dem Stadtamt Durlach und KOD die Örtlichkeiten in Augenschein genommen, wiederholt zu immer den gleichen Tageszeiten. Man habe insbesondere die Begleitscheinungen dokumentieren wollen. Es habe mehr an Müll und anderen Hinterlassenschaften gegeben, als bisher bekannt gewesen sei. Auf der anderen Seite konnte man keine Zunahme an Fehlverhalten von Prostituierten oder von Freiern feststellen.

Momentan filtere man diese Situation mit dem Regierungspräsidium. Was sei die Konsequenz daraus? Können rechtliche Folgen angeknüpft werden? Man rede über eine Anpassung des Sperrbezirks. Stand der Diskussion sei, dass man keine grundsätzlichen Änderungen in dem Bereich habe. Bei der Anpassung rede man konkret darüber, ob aus Gründen des öffentlichen Anstandes oder beispielsweise des Jugendschutzes etwas geboten sei. Ein Endergebnis liege noch nicht vor. Er gehe aber davon aus, dass man den Gemeinderat in den nächsten Wochen informieren könne.

Die Nottinghamanlage sei eine der Örtlichkeiten, die den KOD sehr stark beschäftige. Es gebe viele Lärmbeschwerden, aber auch um Aktivitäten sportlicher Einrichtungen. Man habe im letzten Jahr gemeinsam mit der Polizei sehr stark darauf geblickt. Es gebe durchaus eine Zunahme von kritischen Entwicklungen, Stichwort Lachgas. Es sei ein komplexer Ort, der KOD sei dort täglich unterwegs.

Er sehe nicht, dass der KOD in Zukunft anders oder häufiger unterwegs sein müsse. Viel mehr müsse man sich fragen, ob man zu den richtigen Zeiten am richtigen Ort sei. Wie könne man dies perfektionieren. Hier versuche man, von der Polizei zu lernen.

**Der Vorsitzende** fasst die Stellungnahme zum Thema Messerverbotzone so zusammen, dass es bisher keine Rechtsgrundlage dafür in Karlsruhe gebe. Mit dezidierten Zahlen sei im Laufe des Herbstes zu rechnen. Gegebenenfalls werde man dann nochmals auf den Gemeinderat zugehen.

Er bedankt sich beim Ordnungs- und Bürgeramt für die in den letzten Monaten und Jahren – gerade auch unter Corona-Bedingungen – geleistete Arbeit. Das Terminvergabesystem habe man umstellen müssen, da es nicht den erwarteten Effekt erzielt habe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er die erfolgte Kenntnisnahme der Vorlage fest.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
16. Oktober 2024